

# ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Januar/Februar 2019



Veranstaltungen

**BMW-Vorstand Klaus Fröhlich spricht am ZEW**

Schwerpunkt Energiemarkt

**EU-Emissionshandel – Reformen mit Erfolg**

Nachgefragt

**Wie sinnvoll ist der DigitalPakt Schule?**

Deutschland zählt zwar zu den innovationsstärksten Ländern, aber der Abstand zur Weltspitze wächst.

Foto: © iStockphoto.com/xavierarnau

## Innovationen: Deutschland tritt auf der Stelle

Im internationalen Vergleich mit weiteren 34 Nationen belegt Deutschland bei der Innovationsleistung gegenwärtig Platz vier im Gesamtranking. Die Bundesrepublik erreicht damit denselben Platz wie im Vorjahr. Doch der Abstand zur Spitze wächst. Zu diesem Ergebnis kommt der Innovationsindikator 2018, den das ZEW und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) regelmäßig erstellen.

Deutschland gehört zu den innovationsstärksten Ländern der Welt und belegt mit einem Indexwert von 55 unverändert Rang vier unter 35 Volkswirtschaften. Vor Deutschland liegen Singapur, die Schweiz und Belgien (siehe Grafik Seite 2). Die Stärke Deutschlands liegt in einem ausgewogenen Innovationssystem. Zwar erreicht das deutsche Innovationssystem in keinem der fünf untersuchten Teilsysteme Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Staat und Gesellschaft eine Topplatzierung. Allerdings weist

Deutschland in jedem der fünf Teilsysteme gute Werte auf, während viele andere Länder bei einzelnen Teilsystemen schwächeln. Im Teilsystem Wirtschaft erreicht Deutschland Rang 9, bei Wissenschaft und bei Bildung jeweils Rang 10, bei Staat Rang 8 und bei Gesellschaft Rang 12.

Zu den Stärken Deutschlands zählt an erster Stelle der Austausch zwischen Unternehmen und öffentlicher Forschung. Im Gesamtergebnis zeigt sich, dass die Bundesrepublik vor allem in den Bereichen Hochschulausbildung, Forschungskapazitäten in der Wissenschaft und Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Unternehmen punkten kann.

Der Abstand des deutschen Innovationssystems zur Spitzengruppe vergrößert sich allerdings deshalb, weil der Standort bei Sekundarabschlüssen und Promotionen, Bildungsausgaben, den Lernerfolgen in der Schule sowie bei der Beschäftigung in wissensintensiven Dienstleistungen im internationalen Vergleich schlechter abschneidet. Hinzu kommt, dass eine steuerliche För-

derung von Forschung und Entwicklung für Unternehmen bislang fehlt, wie sie in anderen Industrieländern schon lange üblich ist.

Die Innovationsleistung der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren an Kraft eingebüßt. Im Jahr 2010 lag der Indexwert des Teilindikators Wirtschaft noch bei 59 Punkten, bis 2017 fiel er auf 54 Punkte zurück. Damit liegt der deutsche Unternehmenssektor nur mehr auf Rang 9 im globalen Innovationsvergleich. 2012 zählte er noch zu den Top Drei auf der Welt. Der Rückgang hat viele Ursachen. Eine ist die nachlassende Innovationsneigung unter den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die wiederum unter anderem auf Fachkräfteknappheit, begrenzte Innenfinanzierungsmittel und niedrige Gründungszahlen bei wachstumsorientierten innovativen Start-ups zurückzuführen ist. Gleichzeitig gibt es Schwächen auf besonders dynamischen Innovationsfeldern, wie etwa den digitalen Dienstleistungen und bei digitalen Geschäftsmodellen außerhalb der Industrie. Die Innovationspolitik in Deutschland ist sich dieser Herausforderungen bewusst. Was aber fehlt, ist eine beherzte Umsetzung der notwendigen Richtungsänderungen und die dazu erforderliche Bereitstellung ausreichender Mittel. Die Innovationsdynamik der Wirtschaft wird derzeit vor allem von den mittelständischen Unternehmen gebremst. Eine ausreichend ausgestattete steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung könnte hier im Zusammenwirken mit einer effektiven Projektförderung die nötigen Impulse geben. Der Wissens- und Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist in Deutschland bereits gut etabliert. Neue Initiativen sollten an den weni-

gen Schwachstellen ansetzen: Hightech-Start-ups aus der Wissenschaft sollten angeschoben, der Technologie-Transfer in den Mittelstand beschleunigt werden. Ferner ist es wichtig, den Kulturwandel zu offenen Innovationsprozessen zu unterstützen, etwa mit einem Transfer über Köpfe – dem persönlichen Austausch über Disziplin- und Unternehmensgrenzen hinweg.

### Kulturwandel für mehr Offenheit

Die Offenheit von Innovationssystemen ist für die Innovationsfähigkeit von immer größerer Bedeutung, denn Kooperation und Austausch fördern Innovation. Der Innovationsindikator 2018 hat sich daher in einem Spezialteil diesem Thema gewidmet und ein Ranking der Länder mit Blick auf die internationale Vernetzung von Innovationssystemen erstellt. Am besten schneiden dabei kleinere Länder ab, nämlich die Schweiz, Irland, die Niederlande, Österreich und Singapur. Deutschland liegt bei dem Offenheitsindikator nur auf Rang 21 und damit im hinteren Mittelfeld. Die Offenheit ist dabei in allen Teilbereichen des Innovationssystems noch deutlich ausbaufähig. Die Politik in den Bundes- und Landesregierungen ist gerade im Wissenschaftssystem seit langer Zeit auf Kooperation und Austausch ausgerichtet. Allerdings sind hier andere Länder noch stärker engagiert.

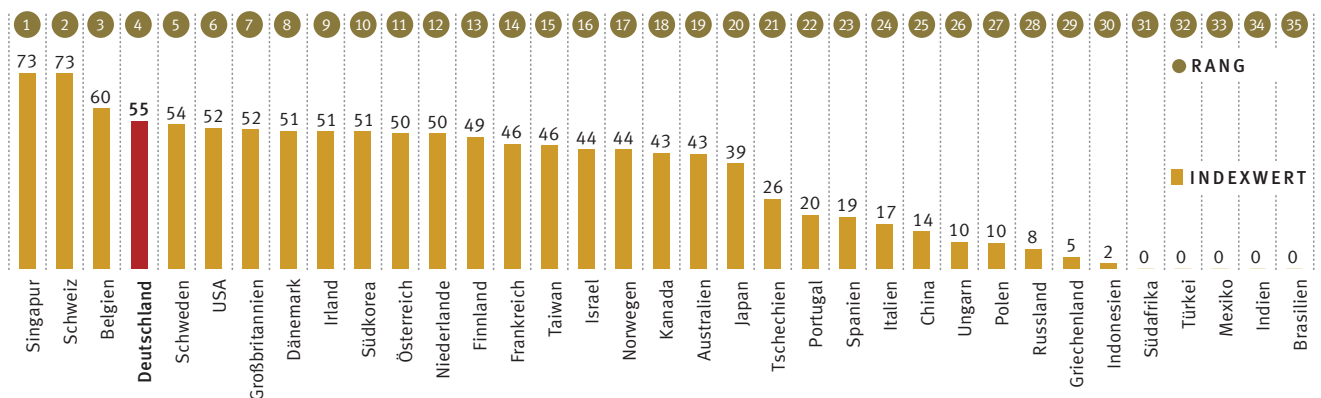
Die Politik hat die Wichtigkeit des Themas erkannt, sodass die Offenheit des Innovationssystems explizit Eingang in die Hightech-Strategie der Bundesregierung gefunden hat. Um das Innovationssystem weiter zu öffnen, sollte der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als wichtige Aufgabe weiter intensiviert werden – beispielsweise über die Zukunftscluster, das Programm Forschungscampus oder die Weiterführung des Pakts für Forschung und Innovation. Für eine durchgreifende Öffnung ist allerdings ein Kulturwandel notwendig, der nicht von heute auf morgen zu erreichen sein wird.

Die Studie findet sich zum Download unter:  
[www.zew.de/PU80559](http://www.zew.de/PU80559)

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de

Der regelmäßig erscheinende Innovationsindikator ist eine vergleichende Studie zur Innovationsstärke. Er erfasst die Innovationsbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland und vergleicht sie in einem Ranking in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Staat und Gesellschaft sowie in einem Gesamtindikator mit den weltweit führenden Industrieländern und aufstrebenden Staaten auf Basis von 38 Einzelindikatoren.

### GESAMTERGEBNIS DES INNOVATIONSINDIKATORS



Die Indexwerte sind durchgängig gerundet.

Quelle: BDI-Innovationsindikator 2018, ZEW



Als Teilbereich der deutschen Internetwirtschaft entwickelt sich besonders der E-Commerce positiv.

## Deutsche IKT-Branche setzt Erfolgskurs fort

Die Branche für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Deutschland hat ihre Bruttowertschöpfung im Jahr 2017 auf 108 Milliarden Euro erhöht. Sie ist damit im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent gewachsen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Selbstständigen ist auf knapp 1,2 Millionen Erwerbstätige gestiegen. Somit sind in der IKT-Branche seit dem Jahr 2010 insgesamt fast 250.000 neue Arbeitsplätze entstanden, ein Plus von 27 Prozent. Dies sind Ergebnisse des aktuellen Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL, den das ZEW und Kantar TNS jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) erstellen.

Seit 2010 ist die Bruttowertschöpfung – also der Wert der erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen – in der IKT-Branche um insgesamt 30 Milliarden Euro gestiegen. Damit lässt die IKT-Branche klassische Industriezweige wie den Maschinenbau oder die Chemie- und Pharmaindustrie mit Abstand hinter sich. Der deutliche Anstieg der Bruttowertschöpfung in der IKT-Branche geht gänzlich auf die zunehmende Wertschöpfung bei den IKT-Dienstleistern zurück und kompensiert den Rückgang der Wertschöpfung bei den IKT-Hardware-Herstellern. Auch beim Thema Innovationen kann sich die IKT-Branche sehen lassen: Der Wirtschaftszweig hat zuletzt rund 17 Milliarden Euro in Innovationen investiert, setzt aber mit 48 Milliarden Euro beinahe dreimal so viel mit neuen Produkten und Dienstleistungen um.

Trotz des gesamtwirtschaftlichen Rückgangs des Gründungsgeschehens in Deutschland weist die IKT-Branche überdurchschnittliche Gründungsraten auf: Mit rund 6.000 neu gegründeten Unternehmen im Jahr 2017 sind im Schnitt der vergangenen drei Jahre 6,4 Prozent der IKT-Unternehmen neu gestartet. Zum

Vergleich: Gesamtwirtschaftlich betrachtet liegt die Gründungsrate nur bei 4,9 Prozent.

Die IKT-Branche schafft wichtige Grundlagen und gibt Impulse für die Digitalisierung der gesamten deutschen Wirtschaft. Deshalb ist ihre positive Entwicklung so zentral. Treiber dieses positiven Trends sind die IKT-Dienstleister, die ihre Kennzahlen im Gegensatz zu den Hardware-Herstellern deutlich verbessern konnten.

### Deutsche Internetwirtschaft setzt mehr um

Auch die Internetwirtschaft in Deutschland ist im Jahr 2017 gewachsen und hat rund zehn Milliarden Euro mehr Umsatz mit webbasierten Gütern und Diensten erzielt als im Vorjahr. Mit einem Umsatz von 119 Milliarden Euro erreicht die Internetwirtschaft einen Anteil von 3,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Beim Pro-Kopf-Umsatz liegt Deutschland mit 1.442 Euro im internationalen Vergleich auf Platz sechs – nach Südkorea (2.906 Euro), den USA (2.685 Euro), Großbritannien (2.312 Euro), Finnland (1.955 Euro) und Japan (1.648 Euro).

Den größten Anteil ihres Umsatzes erzielt die deutsche Internetwirtschaft durch stationäre und mobile Online-Zugänge, die sich jede/r Einwohner/in im Schnitt 518 Euro kosten lässt. Während der Umsatz mit Internetzugängen um vier Prozent zurückgeht, entwickeln sich alle anderen Teilbereiche der Internetwirtschaft – insbesondere der E-Commerce – positiv. So kann die deutsche Internetwirtschaft den Rückgang bei den Internetzugängen nicht nur kompensieren, sondern erzielt darüber hinaus sogar ein deutliches Umsatzwachstum von neun Prozent.

Die Studie zum Download: [http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/IKT\\_Monitoring2018\\_Kurzfassung.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/IKT_Monitoring2018_Kurzfassung.pdf)

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de

## INHALT

Innovationen: Deutschland tritt auf der Stelle .....	1
Deutsche IKT-Branche setzt Erfolgskurs fort .....	3
In China und den USA dreht sich die Welt schneller als in Deutschland .....	4
Schwerpunkt Energiemarkt .....	5

Neue Schiedsrichter gesucht .....	8
Nachgefragt: Wie sinnvoll ist der DigitalPakt Schule? .....	9
ZEW intern .....	10
Daten und Fakten, Termine .....	11
Standpunkt .....	12



Klaus Fröhlich spricht am ZEW über die Zukunftsfelder der Automobilindustrie.

Photo: © Erich Dichiser EDM

## „In China und den USA dreht sich die Welt schneller als in Deutschland“

Die deutsche Automobilindustrie hat die hiesige und globale Wirtschaft jahrzehntelang geprägt, doch aktuell steckt sie in einer Krise. Der Dieselskandal hat das Vertrauen in die Branche geschwächt, Rufe nach alternativen, ökologischeren Antriebstechniken werden laut. Wie kann die Branche mit diesen Herausforderungen umgehen? Darüber sprach Klaus Fröhlich, Entwicklungsvorstand beim bayerischen Autobauer BMW, in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW.

Vor 160 Zuhörern/-innen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gab Fröhlich Einblicke in die Strategien von BMW. Den Erwartungen, dass Benzin- und Dieselfahrzeuge womöglich bald von den Straßen verschwunden sein könnten, erteilte er dabei eine klare Absage. „Unser Ziel ist es, noch in den nächsten 40 bis 50 Jahren Verbrennungsmotoren zu produzieren“, sagte der gelernte Maschinenbauer. Die traditionelle Antriebstechnik sei „ökonomisch notwendig“ – auch weil sich E-Mobilität noch nicht durchgesetzt habe.

Das Problem sei, dass deutsche Kunden/-innen starke Vorbehalte gegen Fahrzeuge mit Elektroantrieb hätten. „Ein E-Auto zu bauen, ist einfach. Aber es ist sehr schwierig, ein nachhaltiges Geschäftsmodell dazu zu entwickeln“, stellte Fröhlich fest. Für BMW sei es deshalb wichtig, die Hemmnisse der Kunden/-innen abzubauen – etwa durch Investitionen in die Infrastruktur. Außerdem, so Fröhlich, strebe sein Unternehmen im Bereich E-Mobilität die Kostenführerschaft an. „Das mag bei einer Premiummarke wie BMW vielleicht überraschen, aber ich glaube, dass es am Ende entscheidend sein wird, wer günstigere Preise anbieten kann.“ Nach dem Vorbild des US-Unternehmens Tesla will Fröhlich darüber hinaus das Thema E-Mobilität emotionalisieren, um auf dieser Ebene einen Mehrwert im Endkundengeschäft zu bieten.

Große Hoffnungen setzt Fröhlich auch in die Alternative Wasserstoffmotor. Aktuell sei die Technologie zwar noch nicht weit genug gereift, doch er schätze, dass Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb ab

2025 eine große Rolle in der Automobilbranche spielen werden. Als weitere zukunftssträchtige Entwicklung gilt das autonome Fahren. „Eigentlich ist das eine Marsmission“, bekannte Fröhlich. Ein autonom fahrendes Auto müsse die nächsten Schritte aller Verkehrsteilnehmenden voraussehen können, wofür eine enorme Rechenleistung notwendig sei. „Ein Mensch kann einen betrunkenen Fußgänger intuitiv erkennen, aber für eine Maschine ist das unglaublich kompliziert.“ Die Entwicklungen in diesem Bereich würden sicher noch 15 Jahre dauern, meinte der BMW-Vorstand. In anderen Ländern, etwa in China oder den USA, gebe es außerdem bereits viel mehr Möglichkeiten, teilautonome Fahrzeuge auf die Straße zu bringen, während in Deutschland vieles nicht zulässig sei. „Dort dreht sich die Welt in bestimmten technischen Bereichen viel schneller als bei uns“, warnte Fröhlich.

### Deutschland hat Nachholbedarf bei der Digitalisierung

Im Anschluss an den Vortrag diskutierte Fröhlich mit ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D., wie die hiesige Industrie ihre Position im internationalen Wettbewerb stärken kann. Deutschland müsse schnell aufholen, um sich als attraktiver Digitalisierungsstandort zu behaupten, sagte Fröhlich. Für BMW sei es beispielsweise schwierig, hierzulande Fachleute für Künstliche Intelligenz zu finden, um das autonome Fahren weiterzuentwickeln. Für besonders wichtig hält er daher die Förderung von Bildungseinrichtungen und Startups – damit Erkenntnisse aus der Forschung auch erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden. „Wir können froh sein, wenn wir in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Digitalisierung nur ansatzweise wieder den Anschluss gewinnen“, so Fröhlich.

Ein Video sowie eine Bilderstrecke zu der Veranstaltung finden sich online unter: [www.zew.de/AM6325](http://www.zew.de/AM6325)

Judith Hillen, [judith.hillen@zew.de](mailto:judith.hillen@zew.de)  
Sabine Elbert, [sabine.elbert@zew.de](mailto:sabine.elbert@zew.de)



## Schwerpunkt ENERGIEMARKT

# EU-Emissionshandel – Reformen mit Erfolg

Der Jahresrückblick für 2018 ist geschrieben, doch eine Entwicklung blieb von der Öffentlichkeit fast unbemerkt. Das zentrale Aushängeschild der europäischen Klimapolitik legte ein furioses Comeback hin: das EU-Emissionshandelssystem EU ETS. Die Preise für Emissionszertifikate (European Emission Allowances, EUA) haben sich im Verlauf des Jahres 2018 verdreifacht und damit das Preisgefüge auf den europäischen Energiemärkten grundsätzlich verschoben. Mit 24 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> liegen die Preise so hoch wie zuletzt vor mehr als zehn Jahren.

### Europas Emissionshandelssystem funktioniert

Der Ruf des EU-Emissionshandels war seit Jahren in der Krise. Kaum eine öffentliche Stellungnahme zur Klimapolitik kam ohne Verweis auf die geringen Kosten für Treibhausgasemissionen aus. Seit Ende 2011 trudelten die Preise je Tonne CO<sub>2</sub> unterhalb von zehn Euro vor sich hin, viel zu wenig, um notwendige Investitionsanreize auszulösen, so die Kritik. Dabei tat und tut das System genau das, was es soll: Es teilt die politisch vorgegebenen Obergrenzen für Treibhausgasemissionen in viele kleine Teile auf und ermöglicht den Emittenten, diese untereinander auszutauschen oder auf kommende Jahre zu verschieben. Somit bekommt jede Tonne CO<sub>2</sub>, die eine regulierte Einheit, ein Kraftwerk, eine Fabrik oder ein Flugzeug in Europa freisetzt, einen Preis, und jeder Unternehmer erhält die Möglichkeit, seine Verpflichtungen flexibel zu erfüllen. Allein der Preis war zu gering, um substantielle Investitionen zu bewirken.

### Diverse nationale Politiken bedingen Preisverfall

Der Emissionshandel schafft einen Markt, auf dem sich der Preis nach Angebot und Nachfrage bestimmt. Jahr für Jahr waren deutlich mehr Zertifikate im Markt, als Unternehmen im Jahresverlauf überhaupt benötigten. Die überschüssigen Zertifikate wurden gehortet. Die Gründe für diesen Überschuss sind vielfältig: eine zu großzügige Allokation von Beginn an und der Einbruch der Wirtschaft im Zuge der Finanz- und Eurokrise. Doch einen wichtigen Beitrag zum Preisverfall lieferten die Regierun-

gen selbst, indem sie mit nationalen Politiken Emissionen einsparten, ohne Rücksicht darauf, dass diese europaweit in Form von Zertifikaten weiterleben. Dazu beigetragen hat auch Deutschland mit Maßnahmen zu einer – letztlich verfehlten – Erreichung nationaler Klimaziele wie dem Ausbau von Wind- und Sonnenenergie und der teuren, staatlich verordneten Überführung von Braunkohlekraftwerken in die Reserve. Um effektive Einsparungen zu erzielen, hätten gleichzeitig die von den Regierungen ausgeteilten Emissionszertifikate entsprechend gekürzt werden müssen – was nicht geschah. Im Jahr 2016 konnte dann die EU-Kommission eine „Marktstabilitätsreserve“ durchsetzen. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, bei einem Überangebot Zertifikate zurückzuhalten. Doch eine Löschung war nicht vorgesehen, die Reserve wäre in absehbarer Zukunft doch noch auf den Markt gekommen ohne die Gesamtmenge und Preise nennenswert zu verändern.

### Emissionszertifikate werden teurer

Anfang 2018 wurde dann eine tatsächlich mengenwirksame Reform des Emissionshandels beschlossen. Einerseits sieht die Reform einen verschärften Reduktionspfad ab 2020 vor, andererseits erhält die Marktstabilitätsreserve nun Biss: Übersteigt die Menge in der Reserve die Menge der Emissionen im Vorjahr, so werden die überzähligen Emissionsberechtigungen gelöscht. Der Preis für Emissionszertifikate steigt seither steil an.

Das ZEW-Energiemarktbarometer hat diese Entwicklung zum Anlass genommen, nach den Gründen für den rasanten Preis-

Das **ZEW-Energiemarktbarometer** ist ein deutschlandweit einzigartiges Panel von Fachleuten der Energiewirtschaft. Die halbjährliche Erhebung reflektiert seit 2002 die Einschätzungen der Teilnehmer/innen bezüglich aktueller Themen der Energiewirtschaft und der Energiepolitik. Die aktuelle Erhebung (November/Dezember 2018) basiert auf 160 Antworten von Teilnehmern/-innen in Deutschland.

anstieg von EUA zu fragen. Die meisten Experten/-innen sehen tatsächlich die Anfang 2018 beschlossenen Reformen als zentrale Preistreiber. 34 Prozent nennt die zukünftige Löschung aus der Marktstabilitätsreserve (MSR) und 21 Prozent den verschärften Reduktionspfad ab 2020 als wichtigsten Grund für den Preisanstieg (siehe Grafik). Damit wird deutlich, wie stark Erwartungen bezüglich zukünftiger Knappheit den Preis für EUA bestimmen. Rund 16 Prozent nennen die Erwartung weiter verschärfter Klimaziele als wichtigsten Treiber, 14 Prozent hingegen die spekulative Übertreibung im Markt. Konsistent dazu zeigen sich die Einschätzungen der weiteren Preisentwicklung: 54 Prozent der Experten/-innen erwartet gleichbleibend hohe Preise für EUA in den kommenden zwölf Monaten, vergleichbar mit der Mehrheit, welche die bereits beschlossenen Reformen als wichtigsten Preistreiber nennt. 35 Prozent erwarten hingegen stark schwankende Preise, sehen also die derzeitige Situation noch nicht als stabil an. Die Zahl der Experten/-innen mit dieser Einschätzung liegt somit sehr nahe an der Zahl derjenigen, welche spekulative Übertreibung, weitere Verschärfungen der Emissionsziele oder die wirtschaftliche Entwicklung als wichtigste Preistreiber nennen. Auch in den konkreten Preiserwartungen für eine Tonne CO<sub>2</sub> spiegeln sich diese Ergebnisse: Sowohl bis Mai als auch bis November werden jeweils von einer breiten Mehrheit Preise von rund 20 Euro vorhergesagt. Mit Blick auf die nächsten fünf Jahre liegen die Erwartungen dann in der Mehrheit bei deutlich über 20 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>.

### Ansichten zum Mindestpreis gehen auseinander

Die Kritik am EU-Emissionshandel entzündete sich meist an den zu geringen Preisen. Doch ist es ein Fehler des Marktes, wenn ein Überangebot die Preise drückt, oder vielmehr ein Zeichen dafür, dass der Markt funktioniert? Eine erfolgreiche Klimapolitik muss frühzeitig Investitionen auslösen, um eine langfristige Transformation anzustoßen. Solche Investitionen lohnen sich meist erst, wenn Treibhausgasemissionen einen hinreichend hohen Preis haben. Verschiedene europäische Staaten haben daher CO<sub>2</sub>-Mindestpreise vorgeschlagen, um ein minimales Preisniveau zu garantieren. Im Vereinigten Königreich gibt es einen solchen Mindestpreis bereits seit 2013, jedoch ohne eine entsprechende Mengenanpassung – die zusätzlich vermiedenen Emissionen haben so zu den Niedrigpreisen in Europa beigetragen. Der französische Präsident Emmanuel Macron forderte im Herbst 2017, also noch zu Zeiten von CO<sub>2</sub>-Preisen von rund sieben Euro pro Tonne, die Einführung einer EU-weiten Preisuntergrenze. Die deutsche Bundesregierung ging auf den Vorschlag nicht ein. Bei den heutigen Preisen wäre eine Untergränze sicher leichter einzuführen als noch vor zwölf Monaten.

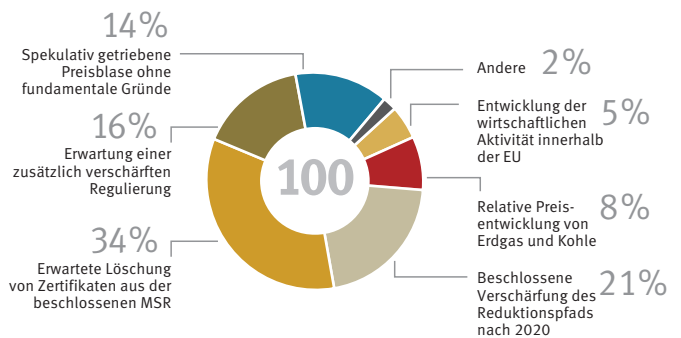
Die Experten/-innen des ZEW-Energiemarktbarometers sehen durchaus Gründe für einen Mindestpreis, vorausgesetzt dass die überschüssigen Zertifikate auch tatsächlich abgeschöpft werden. Je rund ein Drittel der Befragten nennt die Planungssicherheit für Investitionen und die zusätzlichen Einsparungen bei geringen Preislevels als wichtigsten Grund. Ebenso viele, nämlich rund zwei Drittel der Umfrageteilnehmer/innen, geht

jedoch auch davon aus, dass ein EU-weiter Mindestpreis in den kommenden drei Jahren nicht realistisch ist. Begrenzt man den Umfang eines solchen Mindestpreises auf eine Gruppe von Mitgliedsstaaten, so ändert sich das Meinungsbild nur geringfügig. Rund ein Drittel der Befragten sieht Chancen für einen Mindestpreis, hiervon wiederum die Mehrheit für Preise zwischen 20 und 30 Euro, ein weiteres Drittel sieht auch das nicht als realistisch an, und wiederum rund ein Drittel hält die Frage für derzeit nicht beantwortbar.

### Tendenz geht zu weiter steigenden Strompreisen

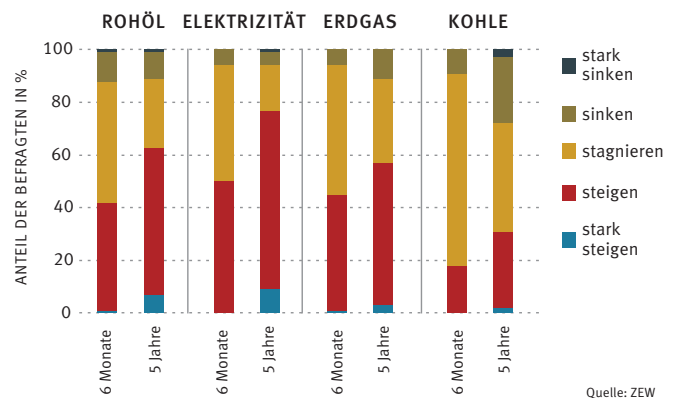
Der Zusammenhang zwischen Energie- und CO<sub>2</sub>-Preisen ist vielfach untersucht worden. Emissionszertifikate werden als Input für die Stromproduktion den Strompreis eher treiben. Kohle, als CO<sub>2</sub>-intensiver Energieträger, wird eher mit Nachfragerückgang und niedrigeren Preisen kämpfen, wenn die CO<sub>2</sub>-Preise steigen. Erdgas verursacht ebenfalls Emissionen, ist jedoch der nächste Konkurrent zur Kohle, und dabei viel weniger CO<sub>2</sub>-intensiv. Daher ist der Effekt auf die Erdgaspreise unklar. Hinzu kommt, dass der Rohölpreis, als globale Leitwährung der Energierohstoffe, alle anderen Märkte beeinflusst.

WICHTIGSTER GRUND FÜR DEN PREISANSTIEG VON CO<sub>2</sub>-ZERTIFIKATEN



Quelle: ZEW

ERWARTUNGEN BEZÜGLICH KURZ- UND MITTELFRISTIGER ENERGIEPREISE



Quelle: ZEW



In den Preiserwartungen der vom ZEW befragten Experten/-innen zeigen sich tatsächlich die höchsten Werte seit vielen Jahren für die Erwartung kurzfristig steigender Preise für Strom und Erdgas, zusätzlich zum rasanten Strompreisanstieg 2018. Auch bei Rohöl gehen weiterhin mehr als 40 Prozent der für das ZEW-

Energiemarktbarometer befragten Teilnehmer/-innen von steigenden Preisen aus. Noch deutlicher sind die Erwartungen steigender Preise bei Strom, Erdgas und Rohöl mit Blick auf fünf Jahre. Nur bei der Kohle überwiegt die Einschätzung stabiler Preise sowohl aktuell als auch in Zukunft (siehe Grafik Seite 6).

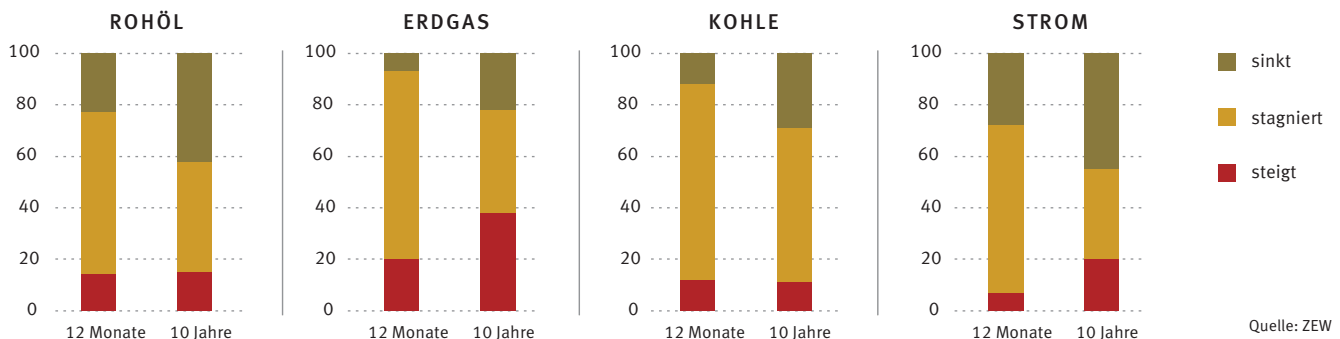
## Versorgungssicherheit insgesamt stabil, für Strom und Öl langfristig sinkende Prognose

Der Sommer 2018 hat einen Rekordbeitrag erneuerbarer Energien zur Deckung des Stromverbrauchs gebracht. Gleichzeitig wurde eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission damit beauftragt, einen gesellschaftlichen Kompromiss für den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland zu finden. Das schwierigste Thema beim Kohleausstieg scheint mittlerweile der Strukturwandel der betroffenen Regionen zu sein. Die Versorgungssicherheit wird hingegen wenig thematisiert.

abgefragt. Wegen mangelnder Transportkapazitäten traten bei diesen Produkten im Herbst 2018 Engpässe auf.

Für die kommenden zwölf Monate erwartet ebenfalls die Mehrheit der vom ZEW Energiemarktbarometer befragten Experten/-innen eine stabile Entwicklung der Versorgungssicherheit (siehe Grafik). Bei Rohöl und Strom gehen aber auch 23 Prozent beziehungsweise 28 Prozent der Experten/-innen von einem sinkenden Niveau aus. Mit Blick auf Erdgas erwarten hingegen

VERSORGUNGSSICHERHEIT IN DER EU AUF SICHT VON ZWÖLF MONATEN UND ZEHN JAHREN



Für die Experten und Expertinnen des ZEW-Energiemarktbarometers ist die Versorgungssicherheit jedoch ein Dauerbrenner. Stets wird die Frage nach der Sicherheit der Energieversorgung stets von einer Mehrheit als eine der wichtigsten für die Energiepolitik genannt. Auch in der aktuellen Umfrage wurden die Teilnehmer/-innen wieder zu ihrer Einschätzung der Entwicklung der Versorgungssicherheit in der EU befragt.

Tatsächlich sieht die Mehrheit der Befragten rückblickend für das Jahr 2018 keine nennenswerte Änderung. Dies gilt sowohl für die einzelnen Energiegüter Rohöl (72 Prozent), Erdgas (75 Prozent), Kohle (80 Prozent) und Strom (65 Prozent) als auch für die Versorgungslage insgesamt (86 Prozent).

Beim Strom schätzt immerhin fast ein Drittel der Befragten (30 Prozent), dass die Versorgungssicherheit in den vergangenen zwölf Monaten gesunken ist, beim Rohöl sind immerhin 21 Prozent der Experten/-innen dieser Ansicht. Raffinierte Rohölprodukte, wie etwa Kraftstoffe für Pkw, wurden nicht separat

20 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen eine positive Entwicklung der Versorgungssicherheit.

Die Erwartungen der langfristigen Entwicklung der Versorgungssicherheit (in den kommenden zehn Jahren) weisen eine größere Streuung auf. Auch hier geht in fast allen Kategorien zumindest die relative Mehrheit der vom ZEW Energiemarktbarometer Befragten von einem gleichbleibenden Niveau aus (43 Prozent bei Rohöl, 40 Prozent bei Erdgas, 60 Prozent bei Kohle). Allerdings ist beim Rohöl ein ähnlich großer Anteil der befragten Experten/-innen (42 Prozent) der Meinung, dass die Versorgungssicherheit in den kommenden zehn Jahren sinken wird. Beim Strom ist mit 45 Prozent der Befragten auch eine relative Mehrheit dieser Ansicht. Hingegen schätzen 38 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen, dass die Versorgungssicherheit für Erdgas langfristig steigen wird.

# Neue Schiedsrichter gesucht

Die Europäische Kommission hat vorerst darauf verzichtet, ein Defizitverfahren gegen Italien zu eröffnen. In den Verhandlungen hatte die italienische Regierung sich bereit erklärt, im Haushaltsplan für 2019 das zunächst auf 2,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) veranschlagte Defizit auf 2,04 Prozent zu verringern. EU-Währungskommissar Pierre Moscovici hat die Entscheidung gegen ein Strafverfahren als einen „Sieg des Dialogs“ bezeichnet. Dieses Selbstlob ist unangebracht. Die Italien-Entscheidung liefert einen weiteren Beleg dafür, dass sich die EU-Kommission immer weniger als Wächterin europäischer Fiskalregeln eignet.

Italien verletzt die Messlatten des Stabilitätspakts trotz der jüngsten kosmetischen Korrekturen gleich in mehrfacher Weise. Erstens müsste der Schuldenstand eigentlich jährlich um drei Prozentpunkte im Verhältnis zum BIP sinken, um in zwanzig Jahren die 60-Prozent-Grenze des Maastrichter Vertrags einhalten zu können. Zweitens gilt für Italien als hoch verschuldetes Land bei der Neuverschuldung nicht die Drei-Prozent-Obergrenze,

für die Akzeptanz eines hohen französischen Defizits die lapidare Begründung gab: „Weil es Frankreich ist.“

Immer deutlicher erfolgt die Auslegung der europäischen Schuldenregeln nicht nach der Faktenlage und den vereinbarten Bedingungen, sondern nach politischem Kalkül. Der Trend zur Anwendung von Regeln nach politischer Kosten-Nutzen-Abwägung ist nicht auf Italien beschränkt, wie es die Nachgiebigkeit im Fall des erhöhten Defizits in Frankreich belegt. Damit disqualifiziert sich die EU-Kommission als neutraler Schiedsrichter.

Jahrzehntelang hat diese Institution zum Beispiel in der europäischen Beihilfekontrolle und Wettbewerbsaufsicht Hervorragendes geleistet, gerade weil sie die Regeln technokratisch und ohne politische Abwägungen ausgelegt hat. Die Kommission hat sich eben nicht um Widerstand von Interessengruppen gekümmert, als es um das Aufbrechen der alten Staatsmonopole ging. Und sie hat keine Rücksichten auf protektionistische Reflexe genommen, wenn es um die Durchsetzung von Binnenmarktregeln ging. Dieser technokratische und neutrale Ansatz ist mit dem neuen Selbstverständnis der Kommission als politischer Akteur zumindest für den Stabilitätspakt offenbar Geschichte. Die vereinbarten Regeln haben an Bedeutung verloren.

## Hoffnungsträger Europäischer Fiskalausschuss

Es gibt einen Ausweg aus dieser Misere, der in den laufenden Verhandlungen zur Reform der Euro-Institutionen nun verstärkt in den Blick genommen werden sollte. Wenn sich die Kommission zunehmend diskreditiert, dann müssen neue Schiedsrichter her. Noch wenig beachtet von der Öffentlichkeit, fällt seit zwei Jahren eine neue Institution in Brüssel durch kluge und ausgewogene Berichte zur Auslegung des Stabilitätspakts auf: der Europäische Fiskalausschuss (EFA). Das Gremium besteht aus fünf anerkannten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Finanzindustrie und Politik. Noch agiert der EFA unterhalb der medialen Wahrnehmungsschwelle und ist wegen der Besetzung des Sekretariats mit Kommissionsbeamten noch nicht unabhängig genug. Gleichwohl sind seine Analysen wohltuend unpolitisch und sehr deutlich, wenn Kritik geübt wird an dem zu geringen Ehrgeiz der Euro-Staaten, ihre Haushalte zu konsolidieren.

Will man den Stabilitätspakt retten, dann sollte der EFA ein umfangreicheres Mandat in allen Entscheidungen über Eskalationsstufen und Strafverfahren des Pakts erhalten. Der Weg der EU-Kommission zu einer politischen Institution dürfte unumkehrbar sein. Umso wichtiger ist es, dass sie ihre Rolle als neutrale Schiedsrichterinstanz nun endlich an jemanden übergibt, der dazu besser in der Lage ist.

Ein ZEW policy brief zum EFA in englischer Sprache findet sich zum Download unter: [www.zew.de/PU78949](http://www.zew.de/PU78949)

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, [friedrich.heinemann@zew.de](mailto:friedrich.heinemann@zew.de)



Photo: ©iStockphoto/PierreOlivierClementMantion

Die technokratische und neutrale Regelanwendung der EU-Kommission gehört offenbar der Vergangenheit an.

sondern eine verschärfte Vorgabe. Das Land muss mittelfristig einen ausgeglichenen konjunkturbereinigten Haushalt vorlegen. Und drittens verpflichtet der Stabilitätspakt die Regierung, das Defizit in Schritten von 0,6 Prozentpunkten abzusenken, bis der Budgetausgleich erreicht ist. Statt jedoch eine Verringerung des Defizits anzustreben, setzt die Allianz von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung auf eine starke Ausweitung der Neuverschuldung.

Der jetzt erzielte „Kompromiss“ mit geringen kosmetischen Korrekturen führt Italien auch bei wohlwollender Betrachtung nicht zurück in den regelkonformen Bereich. Es handle sich um eine „strategische Entscheidung“ unter Berücksichtigung des „Kontexts“ eines erstarkenden Nationalismus, rechtfertigte Währungskommissar Moscovici die Brüsseler Entscheidung. Diese Begründung steht in der Tradition einer politisierten Regelanwendung. Dieser Ansatz hatte sich schon im Jahr 2016 angekündigt, als EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

*Dieser Meinungsbeitrag ist in einer längeren Version am 6. Januar 2019 in der Süddeutschen Zeitung erschienen.*



Nachgefragt: Wie sinnvoll ist der DigitalPakt Schule?

## „Mehr Geld für Schulen ist zu begrüßen, die Unterrichtsqualität entscheidend“

Mit dem DigitalPakt Schule will die Politik über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg Schulen in Deutschland besser mit digitaler Technik ausstatten. 5,5 Milliarden Euro sind dafür veranschlagt. ZEW-Bildungsökonom Friedhelm Pfeiffer erläutert, warum die Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik geboten ist und warum Geld alleine nicht ausreicht.

**Warum ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig lernen, digitale Techniken zu nutzen und auch deren Hard- und Software verstehen lernen, etwa indem sie selbst die Programmierung von Geräten zu bewältigen lernen?**

Schulkinder erhalten die Möglichkeit, ein Verständnis beispielsweise der modernen Grundlagen der Naturwissenschaften zu erwerben. In einem altersgerechten Unterricht werden unter anderem der Aufbau und die Funktionsweise von Bakterien thematisiert. Genauso erscheint es angebracht zu sein, digitale Techniken in den Unterricht einzubauen. Schulen sollten in der Lage sein, ihren Schülern/-innen den Aufbau und die Funktionen eines Computers sowie ein Verständnis von Eigenschaften und Wesen von Algorithmen nahezubringen. Da die neuen digitalen Techniken in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft sowie im Alltag angewendet werden, sollten alle Schulkinder die Möglichkeit erhalten, solche neuen Techniken zu verstehen.

Ein moderner Unterricht sollte jedoch auf grundlegende Verständnisprozesse ausgerichtet sein, die Kinder und Jugendliche fit für das Leben machen. Dazu zählen Kompetenzen im Programmieren sowie Charaktereigenschaften und Werte wie Beharrungsvermögen, Geduld und ein Sinn für Ehrlichkeit und Fairness im Umgang mit den sowie bei der Nutzung der Techniken. Das vielfach spielerisch in der Schule Gelernte begleitet Menschen nicht selten ein ganzes Leben lang. Es scheint jedoch nicht notwendig zu sein, dass jedes Kind etwa umfangreiche Detailkenntnisse im Programmieren erlernt. Wir alle können lernen, Auto zu fahren, ohne selbst das Wissen und die Kenntnisse von Autobauern zu haben.

**Für die rund 40.000 Schulen in Deutschland geht es im Schnitt um 137.000 Euro oder umgerechnet auf die derzeit rund 11 Millionen Schüler/innen um eine Summe von 500 Euro pro Kopf. Reden wir beim DigitalPakt Schule eher übers Kleckern oder übers Klotzen – sprich, ist das Geld ausreichend, um unsere Kinder fit fürs digitale Zeitalter zu machen?**

Auf den ersten Blick erscheint die Summe, die für den DigitalPakt Schule zur Verfügung gestellt wird, in der Tat gering. Die Erhöhung der Ausgaben für Schulen in einem Umfang von im Mittel 100 Euro pro Schulkind pro Jahr ist bei Gesamtausgaben von etwa 6.900 Euro (2015; Quelle Nationaler Bildungsbericht 2018) pro Schulkind pro Jahr eher bescheiden. Bezogen auf die Höhe der ausgewiesenen Sachausgaben (dazu zählen Unter-

richtsmaterialien), die etwa 900 Euro pro Schulkind betragen, ergibt der Pakt jedoch eine Erhöhung um elf Prozent. Ob dies ausreichend ist, hängt von vielen Faktoren ab. Besonnenheit bei der Anschaffung ist notwendig. Zu bedenken gilt es, dass sich digitale Techniken ständig weiterentwickeln. Was heute angeschafft wird, ist nach wenigen Jahren oftmals schon wieder überholt. Wenn wir über Wirkungen dieser zusätzlich geplanten Ausgaben im Zeitalter des Internets nachdenken, darf nicht vergessen werden, dass weiterhin die Qualität des Unterrichts insgesamt entscheidend bleiben wird. Diese Gesamtqualität wird wohl kaum von zusätzlichen digitalen Geräten abhängen. Der DigitalPakt Schule sollte dennoch dazu beitragen, allen Schulkindern einen altersgerechten Umgang mit neuesten digitalen Techniken zu ermöglichen.

**Der DigitalPakt Schule sieht derzeit vor, dass jede Schule selbst entscheiden soll, wofür sie das Fördergeld ausgeben möchte. Ist das sinnvoll oder wäre es besser, den Schulen/Schultypen einheitliche Angebote/Vorgaben zu machen?**

Das ist aus meiner Sicht eine sinnvolle Vorgabe, da jede Schule spezifische Bedarfe hat, die die Lehrkräfte in der Regel besser als Außenstehende beurteilen können. In einer Schule kann es etwa sinnvoll sein, neue Geräte zu beschaffen, in einer anderen Schule vielleicht eher, die Lehrenden im Umgang damit zu sensibilisieren. Jedoch sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass Einigkeit über ethische und moralische Standards bei der Nutzung der Techniken im Unterricht besteht und dass bei Einhaltung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit die Mittel so ausgestaltet werden, dass alle Schulen eine angemessene Mindestausstattung erhalten.



Foto: ZEW

**PD Dr. Friedhelm Pfeiffer**

ist kommissarischer Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“. In seinen aktuellen Studien beschäftigt er sich mit der Analyse individueller und fiskalischer Kosten und Nutzen von Bildungsinvestitionen. Darüber hinaus erforscht er die Wirkungen von Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.

Friedhelm Pfeiffer ist Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Er ist Mitglied im Steuerungskreis des Kollegs für interdisziplinäre Bildungsforschung sowie im Direktorium des Reallabors Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region.

friedhelm.pfeiffer@zew.de

## Tabea Bucher-Koenen leitet ab sofort den Finanzmarktbereich am ZEW



Dr. Tabea Bucher-Koenen

Dr. Tabea Bucher-Koenen ist die neue Leiterin des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ am ZEW. Ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen insbesondere auf den Gebieten Altersvorsorge, Sozialpolitik und Finanzkompetenz. Ihrer künftigen Tätigkeit blickt Tabea Bucher-Koenen engagiert

entgegen: „Ich freue mich auf die Herausforderungen am ZEW und darauf, die Ergebnisse meiner Forschung in die wirtschaftspolitische Beratungsarbeit des Instituts einbringen zu können.“

Tabea Bucher-Koenen hat Betriebswirtschaft und Interkulturelles Management an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena sowie Europäische Integration an der University of Kent in Canterbury/Großbritannien studiert. Im Jahr 2006 schloss sie ihr Studium ab und wurde 2010 an der Universität Mannheim promoviert. Bereits während ihrer Promotion war sie Research Fellow am „Mannheim Research Institute for the Economics of Aging“ der Universität Mannheim. Im Anschluss an ihre Promotion forschte sie als Gastwissenschaftlerin am Dartmouth College/USA, bevor sie im Jahr 2011 die Leitung des Forschungsbereichs „Gesundheit und Leben“ am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München übernahm. Dort verantwortete sie von 2014 bis Ende 2018 den Fachbereich „Alterssicherung und Sozialpolitik“.

## ZEW-Ökonom Martin Kesternich tritt Professur an der Universität Kassel an



Prof. Dr. Martin Kesternich

Prof. Dr. Martin Kesternich, stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“, hat einen gemeinsamen Ruf der Universität Kassel und des ZEW angenommen. Zum 1. Januar 2019 übernahm er eine Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Umwelt- und Ressourcenökonomik, im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kassel. „Über den Ruf an die Universität Kassel freue ich mich sehr. Ich bin überzeugt, dass die Verbindung der Forschungsex-

pertise beider Institutionen eine sehr gute Möglichkeit bietet, meine Forschungsagenda zu wirtschaftspolitisch relevanten Fragen der Umwelt- und Verhaltensökonomik zielorientiert weiterzuvollziehen“, so Kesternich.

Martin Kesternich studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim sowie der Pontificia Universidad Católica Argentina in Buenos Aires und schloss seine Promotion 2015 an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg ab. Als Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes war er Gastwissenschaftler an der Yale School of Forestry & Environmental Studies. Seit 2010 arbeitet Martin Kesternich am ZEW, wo er im Mai 2016 die stellvertretende Leitung des Umweltforschungsbereichs in Zusammenarbeit mit Dr. Sebastian Voigt übernahm.

## ZEW firmiert seit Jahresbeginn unter neuem Namen

Das ZEW trägt seit Jahresbeginn die offizielle Bezeichnung „ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim“. Die Gesellschafter des Forschungsinstituts haben dieser Namensänderung zugestimmt, und mit Wirkung zum 1. Januar 2019 wurde der neue Name ins Handelsregister eingetragen. Die Bezeichnung wird zeitnah in der gesamten Außen Darstellung des Instituts umgesetzt.

„Mit der Namensänderung wollen wir zum einen den Akzent auf die Marke ZEW setzen. Zum anderen ist das ZEW Teil der Leibniz-Gemeinschaft und möchte daher seine Zugehörigkeit zu einer der renommiertesten deutschen Wissenschaftsorganisationen unmittelbar im Institutsnamen zum Ausdruck bringen“, erklärt ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. Die starke Verankerung der Forschung und wirtschaftspolitischen Beratungsarbeit des ZEW in der Leibniz-Gemeinschaft zeigt sich unter anderem daran, dass das Wirtschaftsforschungsinstitut an mehreren Leibniz-Forschungsverbänden mitwirkt und zudem in enger

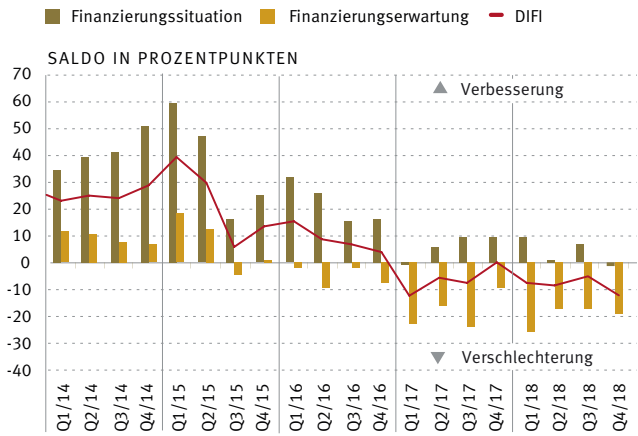
Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim zwei Leibniz-WissenschaftsCampi ins Leben gerufen hat: den Leibniz-WissenschaftsCampus Mannheim Taxation (MaTax) sowie den Leibniz-WissenschaftsCampus Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI).

Das bei den regelmäßigen Evaluationen der Leibniz-Gemeinschaft hervorragend bewertete ZEW wurde im Jahr 2005 in die Wissenschaftsorganisation aufgenommen. Es ist eine von derzeit 95 selbstständigen Forschungseinrichtungen, die der Leibniz-Gemeinschaft angehören.



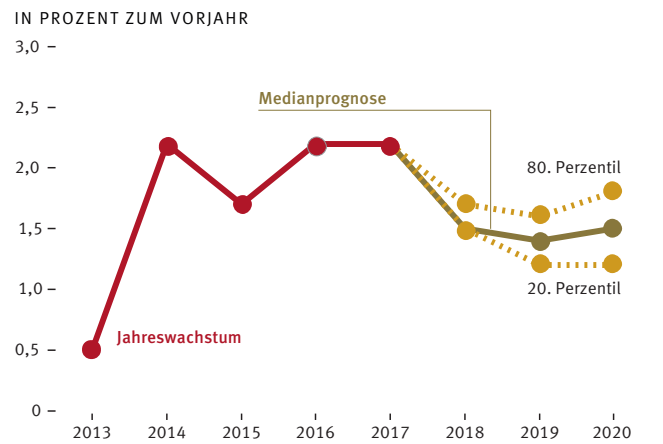
Das ZEW trägt ab sofort die offizielle Bezeichnung „ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim“.

## Deutscher Immobilienfinanzierungsindex fällt auf Rekordtief



Quelle: ZEW

## Langfristige Konjunkturprognosen für Deutschland sinken



Quelle: ZEW

Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL verzeichnet im vierten Quartal 2018 einen erneuten Rückgang auf aktuell minus 10,8 Punkte. Dies ist der niedrigste Stand seit fast zwei Kalenderjahren. Die deutlich pessimistischere Einschätzung der Finanzierungssituation durch die Experten/-innen ist vor allem durch die nachlassende Konjunktur in Deutschland getrieben. Eine ebenso negative Einschätzung teilen die Befragten für die Entwicklung bei Einzelhandelsfinanzierungen. Der DIFI bildet die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage (mit Blick auf die vergangenen sechs Monate) und der Geschäftserwartungen (mit Blick auf die kommenden sechs Monate) an den deutschen Immobilienfinanzierungsmärkten ab. Er wird quartalsweise ermittelt und berechnet sich als Mittelwert der Salden für die Immobilienmarktsegmente Büro, Einzelhandel, Logistik und Wohnen. Die Salden für die Segmente ergeben sich aus den prozentualen positiven und negativen Antworten der Umfrageteilnehmer/-innen auf die Frage nach der Lage und der Erwartung für den deutschen Immobilienfinanzierungsmarkt.

Dr. Carolin Schmidt, carolin.schmidt@zew.de

In der aktuellen Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttest wurden die Experten/-innen um ihre Einschätzungen zum deutschen Wirtschaftswachstum im Zeitraum von 2019 bis 2020 gebeten. Im Vergleich zur vorangegangenen Sonderfrage von Oktober 2018 zur langfristigen konjunkturellen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft fallen die Prognosen der Befragten nun deutlich niedriger aus. Für das Jahr 2019 prognostizieren die Experten/-innen im Median eine Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent, im Oktober lag die Medianerwartung der Befragten noch bei 1,7 Prozent. Auch die Medianerwartung für das Jahr 2020 fällt mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent um 0,1 Prozentpunkte niedriger aus als noch im Oktober 2018. Die wichtigsten Einflussfaktoren, welche die Experten/-innen zu einer Anpassung ihrer Erwartungen an das Wirtschaftswachstum nach unten bewegt haben, waren internationale Handelskonflikte, Entwicklungen in den Exportmärkten deutscher Unternehmen und der derzeitige Stand bei den Austrittsverhandlungen Großbritanniens mit der EU.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de



## Steuerrecht auf dem Prüfstand

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, bis Ende November 2018 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, spricht am 14. Februar 2019 im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus „Mannheim Taxation“ (MaTax) am ZEW zum Thema „Steuerrecht zwischen Berlin, Karlsruhe und Luxemburg“. Im Mittelpunkt seines Vortrags wird die Frage nach dem Verhältnis von parlamentarischem Gesetzgeber und höchstgerichtlicher Rechtsprechung durch Bundesverfassungsgericht und Europäischen Gerichtshof stehen, illustriert am Beispiel aktueller Entscheidungen. Teilnahme auf Einladung. Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2768](http://www.zew.de/VA2768)

## ZEW Lunch Debate zu Staatsschulden

Die nächste ZEW Lunch Debate am 28. März 2019 widmet sich unter dem Titel „Reforming the Eurozone: How to Handle Sovereign Debt?“ mögliche Handlungsoptionen für die Europäische Union im Fall einer staatlichen Überschuldung. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Ausgestaltung eines Insolvenzverfahrens für überschuldete Staaten. Neben den ZEW-Ökonomen Prof. Dr. Friedrich Heinemann und Dr. Frederik Eidam diskutieren Isabelle Job-Bazille von der Crédit Agricole S.A. Group sowie Lucio Pench von der EU-Kommission. Die Veranstaltung findet in Brüssel statt. Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2761](http://www.zew.de/VA2761)



Foto: ZEW

## Schicksalsjahr für Europa

2019 wird das Europajahr. Im März steht der Brexit an, im Mai die Wahlen zum Europäischen Parlament, im Oktober läuft die Amtszeit der EU-Kommissionsmitglieder aus und auch die des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Parallel dazu laufen die Verhandlungen zur

Verabschiedung des EU-Haushalts 2021–2027. Viele der entscheidenden Gremien und Institutionen der EU werden sich 2019 neu aufstellen. Damit werden in Europa die Weichen für das nächste Jahrzehnt gestellt.

Allerdings stehen diese Entwicklungen unter keinem guten Stern. Der Brexit ist eine Zäsur für Europa. Das Unbehagen mit Europa, das sich in der Abstimmung in Großbritannien und den Kampagnen der Brexit-Befürworter geäußert hat, teilen viele Nationen. Da kann auch eine aktuelle Studie unter Beteiligung des ZEW, die insgesamt in der EU eine Zunahme der Identifikation als „Europäer“ seit 2010 feststellt, nur als Hoffnungsschimmer betrachtet werden. Die Wahlergebnisse in Italien, Ungarn und Polen, wo europaskeptische Parteien die Regierung stellen, sprechen eine andere Sprache. Und auch in Deutschland wird die EU nicht nur als Erfolgsgeschichte betrachtet.

Dabei ist ein wirkmächtiges Europa in unser aller Interesse. China, das in den vergangenen 15 Jahren seinen Weltmarktanteil von unter neun Prozent auf mehr als 18 Prozent steigern konnte, spielt seine Wirtschaftsmacht genauso gerne aus, wie es die USA tun. „Made in China 2025“, die Strategie des Landes zur Technologieführerschaft, unterscheidet sich zwar im Detail von „America First“, aber nicht im Anspruch. Europa tut gut daran, in Wirtschaftsfragen mit einer Stimme und mit einer eigenen starken Währung aufzutreten. Der EU-Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum weltweit, und die EU sollte diese Stärke auf internationaler Ebene bei Handels-, Finanz- und Umweltfragen nutzen.

Bereits erfolgreich hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström in den vergangenen Jahren die Freihandelsabkommen mit Kanada und Japan unter Dach und Fach gebracht. Derzeit stehen Verhandlungen mit den USA an, und auch ein Handelsabkom-

men direkt mit China ist mittlerweile vorstellbar. Während die USA den Dollar zweckentfremden, um etwa ihre Sanktionen in Iran durchzusetzen, arbeitet China daran, den Renminbi als weitere Leitwährung zu verankern. Ein Gegengewicht durch einen starken und verlässlichen Euro wird daher umso wichtiger, wo die Vollendung der Bankenunion wesentlich beitragen würde. Im Umweltbereich schließlich kann das Abkommen von Paris nur als Etappenschritt bezeichnet werden. Wenn es aber mittelfristig den drei großen Wirtschaftsräumen USA, China und der EU gelingen sollte, sich auf einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Preis und weitere Maßnahmen zu einigen, wären gut 50 Prozent der Weltwirtschaft und auch die Hälfte des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes eingebunden, und somit wäre eine realistische Blaupause für das weltweite Abkommen geschaffen.

Die Stärke Europas hervorzuheben bedeutet nicht zwangsweise, sich für „mehr Europa“ auszusprechen. Der Ruf nach mehr oder weniger Europa wird sowieso der Problemlage nicht gerecht. Es geht um ein Europa, das dort tätig wird, wo ein gemeinsames Vorgehen sinnvoll ist. So hat EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger Recht, wenn er den Haushaltsplan der EU an die Bedingung eines „Europäischen Mehrwerts“ knüpfen will. Nur die Aufgaben, die gemeinsam mehr Wert schaffen, als wenn es jedes Land alleine täte, gehören dort hinein. Eine Stärkung der Posten für Entwicklungshilfe und militärische Zusammenarbeit sowie für den gemeinsamen Grenzschutz wäre die Konsequenz. Gerade hier kann eine stärkere Zusammenarbeit sichtbar Vorteile für alle schaffen. Hingegen können bei den Agrarausgaben, wo ein Europäischer Mehrwert weniger erkennbar ist, Mittel eingespart werden.

Die Institutionen der EU im Jahr 2020 werden anders aussehen als die heutigen. Wenn die Wahlen, die Besetzungen der Ämter sowie die Verabschiedung des Haushalts dazu beitragen, sich auf die Stärken Europas in einer multipolaren Welt zu besinnen, wäre viel gewonnen.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach Ph.D.

# ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de  
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon +49 621 1235-132 · gunter.grittmann@zew.de  
Felix Kretz · Telefon +49 621 1235-103 · felix.kretz@zew.de  
Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de  
Kathrin Böhmer · Telefon +49 621 1235-128 · kathrin.boehmer@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2019